



Gemeinsame Pressemitteilung der Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir vom 25.11.2024

Bärbel Bas und Mahmut Özdemir anlässlich des vom Vorstand der thyssenkrupp Steel Europe AG (tkSE AG) vorgestellten Jobstreichungskonzepts zur Restrukturierung der tkSE.

Berlin, 25.11.2024

Bärbel Bas MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75607
Fax: +49 30 227-76607
baerbel.bas@bundestag.de

Mahmut Özdemir MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73819
Fax: +49 30 227-76403
mahmut.oezdemir@bundestag.de

Laut des veröffentlichten sogenannten Zukunftspapiers plant Thyssenkrupp Steel den Abbau von 5.000 Arbeitsplätzen und die Auslagerung von weiteren 6.000 Arbeitsplätzen. Hierzu erklären die beiden Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir:

„Die heutige Ankündigung von Thyssenkrupp, bis 2030 rund 5.000 Stellen abzubauen und 6.000 Arbeitsplätze auszugliedern, trifft uns in Duisburg hart und schockiert uns zutiefst. Vor allem überrascht es uns vor dem Hintergrund, dass für HKM im Süden Duisburgs ein industriepolitisches Konzept erarbeitet werden soll und wir im Duisburger Norden bei TKS den Stahl der Zukunft produzieren wollen.

Mit dieser Verlautbarung macht die Arbeitgeberseite ernst, was wir lange befürchteten. Jeder einzelne verlorene Arbeitsplatz in der Stahlindustrie wäre ein harter Schlag für unsere Stadt. Denn die Stahlindustrie ist nicht nur Teil unserer Identität, sie ist das Herz unserer Industrie und sichert als Arbeitgeber die Arbeitsplätze tausender Beschäftigter. Es geht um ihre Existenzen und die ihrer Familie.

Als langjährige Duisburger Bundestagsabgeordnete und Kinder unserer Stadt sind wir in engem Austausch mit allen Beteiligten, um Perspektiven für die Beschäftigten zu schaffen. Vor allem aber die Montanmitbestimmung im Stahl und die Gewerkschaften sind die starken Kräfte, die den Industriestandort über fast ein Jahrhundert getragen haben. Unser Fokus muss jetzt darauf liegen, die Interessen der Stahlarbeiter zu schützen und gemeinsam Lösungen mit den Gewerkschaften zu finden. Wir stehen fest an der Seite der Belegschaft, der Betriebsräte und der IG Metall und lehnen das Handeln des Konzernmanagements ab. Wir wollen die Arbeitsplätze für kommende Generationen sichern und werden das Management von TKSE, die Stiftung, aber auch die Landesregierung an ihre Verantwortung erinnern.



Die Bundes- und Landesregierung haben mit Steuermitteln zwei Milliarden Euro bewegt und ein Bekenntnis für den Stahl, die Grundstoffindustrie in Deutschland und den Industriestandort Deutschland abgegeben. Wir fordern weiterhin, dass diese Fördermittel für die „Zukunft Stahl“ verwendet und weitere eigene Investitionen getätigt werden – wie vom Konzern zugesagt. Das Handeln des TKSE-Konzerns stellt dieses Bekenntnis zum Stahl infrage. Als Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete fordern wir insbesondere den Aufsichtsrat des Konzerns und die Stiftung auf, dieses Handeln des Konzerns und seiner Verantwortlichen unverzüglich zu stoppen. Vor dem zweiten Gutachten zur Zukunft der Stahltochter, das im Frühjahr vorliegen soll, dürfen keine übereilten Entscheidungen getroffen werden.

Wir lassen die Menschen in unserer Stadt nicht im Stich und fordern Thyssenkrupp auf, Verantwortung für die Beschäftigten und ihre Familien zu übernehmen. Eine Abhängigkeit Deutschlands von Stahl aus dem Ausland ist unverantwortlich und sogar gefährlich für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland.“